Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Bezugspreis: monatlich 65 Pfg. einschl. Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.
Redakteur: Paul Jorschick in Biebrich a. Rh.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.
Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer

Anzeigenpreis: für die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg.

№ 80. Samstag, den 12. Juli 1919 13 Jahrgang

Amtlicher Teil.

5572/A.

Avis!

Le poids maximum des paquets postaux est fixé à 1 kg.

Le poids maximum des colis postaux est fixé à 25 kg à l'intérieur des territoires occupés et entre les territoires occupés et l'Allemagne non occupée, et à 5 kg entre les territoires occupés et les pays alliés ou neutres.

Bekanntmachung

Das Höchstgewicht der Postpakete ist auf 1 Kilogramm festgesetzt. (d. h. der Pakete, die mit Postwertzeichen frankiert werden).

Das Höchstgewicht für Postfrachtstücke ist auf 25 Kilogramm innerhalb der besetzten Gebiete und zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland festgesetzt.

Das Höchstgewicht für Postfrachtstücke zwischen dem besetzten Gebiet und den alliierten oder neutralen Ländern ist auf 5 Kilogramm festgesetzt.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Le Commandant de Jovigny,
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

557/A.

Avis!

Par ordre du Général Commandant la Xe Armée, il vient d'être immédiatement saisis tous les exemplaires de la brochure intitulée: „Manuel de conversation galante à l'usage du Poilu amoureux."

Les détenteurs de ces brochures les apporteront à l'Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) jusqu'au 18 juillet inclus.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Kommandierenden Generals der 10. Armee ist die mit „Manuel de conversation galante à l'usage du poilu amoureux" betitelte Broschüre beschlagnahmt.

Die Inhaber dieser Broschüre werden dieselben bis zum 18. Juli dem Administrateur militaire abliefern.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Le Commandant de Jovigny,
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Nr. 444.

Bekanntmachung.

Anstelle des verstorbenen Gerichtsmannes und Ortsgerichts-Stellvertreters Heinrich Fischer in Medenbach ist der Landwirt Wilhelm Roll in Medenbach zum Gerichtsmann bei dem Ortsgericht in Medenbach ernannt worden.

Wiesbaden, den 7. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J.-Nr. II. 3738/1. J. V.: Schlitt.

Nichtamtlicher Teil.

Ratifikation des Friedensvertrags.

mz Weimar, 9. Juli. **In der Nationalversammlung wurde heute der Gesetzentwurf, betr. die Ratifikation des Friedensvertrages, in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.**

mz Weimar, 9. Juli. Eine auf heute vormittag 10 Uhr anberaumte besondere Sitzung der Nationalversammlung, auf deren Tagesordnung einzig der Punkt Ratifikation des Friedensvertrags stand, wurde vom Präsidenten Fehrenbach erst um 10.45 Uhr eröffnet. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Von der Deutschnationalen Volkspartei wurde folgende Entschließung vorgelegt: Die gesetzgebende deutsche Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß vor dem Inkrafttreten des Artikels 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts von Ruf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angedrohte Strafen zu erkennen, 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage der Schuld am Krieg ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird. Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Minister des Aeußern Müller:

Aufrecht erhalten bleibt heute und immer unser einmütiger Protest gegen diese vertragsgewordene Vergewaltigung. (Lebhafter Beifall.) Aufrecht erhalten bleibt aber auch unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt wird. Wenn das Wort Friede nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dem Roten Kreuz. Wir haben nicht die Macht, zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerissen wird, der unserem Volk nach Sitte und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhält, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest vertrauen, daß sie uns niemals vergessen und verlieren werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit aller Kraft, die uns verbleibt, so ausgestalten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit nach bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bund der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, auch den Willen der Völker achtende Lösung finden werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kräpig (Soz.): Mit der Ratifikation fallen die Schranken, die Hunderttausenden von deutschen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat und zur Familie versperrt haben. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herrschaft bringt. Unzerreißbar bleibt das Bündnis mit Oesterreich und immer bleibt die Hoffnung, daß alle Deutsche, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einem Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Beschlagnahme der Kolonien. Wer unser Volk als den alleinigen Schuldigen am Krieg hält, spricht wissentlich eine Unwahrheit aus. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen des imperialistischen internationalen Kapitalismus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß eines Tages sich die Macht der internationalen klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen wird als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Friedens widerrufen werden.

Abg. Spahn (Ztr.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern er ist das Ergebnis einer bis über den Friedensschluß verfolgenden Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Ueberzeugung, sondern um uns vor Zerfall zu retten und um unser Volk und Vaterland vor dem Untergang zu bewahren. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.

Abg. Schücking (Dem.): Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen kann. Einig wissen wir uns mit dem ganzen Hause in der moralischen Verurteilung des Friedensvertrages. Wir wollen ihn getreulich erfüllen, soweit er sich erfüllen läßt. Aber unerfüllbar bleibt für uns der Verzicht auf den staatlichen Zusammenhang mit Millionen unserer Volksgenossen, die gegen ihren Willen von uns losgerissen werden. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarken des Rechtsgedankens. (Lebh. allseitiger Beifall.)

Abg. Traub (Deutschnat.): Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Redner beschäftigt sich sodann in großer Breite mit den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Die Deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volk übernimmt. Sollte dieser Frieden jetzt zum Völkergesetz erhoben werden, so werden wir niemals seine Rechtsbeständigkeit anerkennen. Wir lehnen einen solchen heute und immer ab. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Fehrenbach: Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen. (Widerspruch rechts und Unruhe.)

Abg. Henke (U. S.): Durch unsere Initiative ist die Regierung zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Friedensvertrag zu unter dem Zwang der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Eine Ablehnung durften wir nicht versuchen, weil sie von neuen großen Leiden für unser Volk begleitet gewesen wäre. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Rückgabe der Gefangenen. Wir begrüßen die Flammenzeichen innerhalb der revolutionären Arbeitermasse im Osten und Westen Europas und reichen den Proletariern der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampfe für die Weltfreiheit. (Lebh. Beifall bei den Unabh.)

Abg. Winnig (Soz.) erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens, die Bestimmungen des Versailler Friedens entbehren in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlagen. Darauf gestützt legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Völker in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig und feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens.

Abg. Allekotte (Ztr.) legt im Namen der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebietsteile Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht, desgleichen der

Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

Abg. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir innerhalb der Fraktion zu der überraschenden Entschließung der Deutschnationalen Stellung nehmen. (Zustimmung.)

Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlage des Abg. Schiffer und beraumt die nächste Sitzung auf 12.30 Uhr an.

Um 12.25 Uhr eröffnet Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung.

Das Haus geht zur zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschließung umgeändert, einer Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter einem Vorbehalt, wie er in der Entschließung ausgesprochen war.

Abg. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen. Ich bedaure, daß er überhaupt eingebracht wurde. (Sehr richtig.) Der Antrag dient nur dazu, Verwirrung und Unklarheit zu schaffen. Offenbar verfolgt die Partei des Herrn Schultz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien, stürmischer Widerspruch und Pfuirufe rechts.) Welche Zwecke Sie mit diesem Antrag verfolgen (nach rechts gewandt), darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. Sie wollen Ihre Parteisuppe an diesem Antrag kochen. (Sehr wahr und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien).

Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnatl.): Unser Antrag ist der letzte Schrei nach Gerechtigkeit, der Schrei eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Ich bedaure ganz außerordentlich, was wir in dieser historischen Stunde haben erleben müssen. Im übrigen glaube ich, die Zeit zu Vorbehalten ist vorbei. Heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Antrag sehen? Nichts weiter als ein letztes Manöver, eine letzte Schiebung. (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ich glaube, die Schiebergeschäfte auch in der Politik müssen ein für alle Mal vorbei sein. Nur mit loyalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit unseren Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Löbe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Das Generalsekretariat der Deutschnationalen Volkspartei hat zugegeben, daß die Situation der niederschmetternden Friedensbedingungen agitatorisch ausgenutzt werden müsse. (Hört, hört!) Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern auch die Rede des Abg. Traub widersprechen der Würde dieser Stätte.

Beldrück (Deutschnatl.): Unser Antrag ist schon gestern beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Haase (U. S.): Der Abg. Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihre Parteiinteressen verfolgen. Wir lehnen es ab, uns an einem solchen Satyrspiel zu beteiligen.

Dr. Heinze (Deutsche Volksp.): Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der Mißstimmung hereinbringt. Die Mehrheit meiner Fraktion lehnt ihn ab.

Schultz-Bromberg (Deutschnatl.) weist noch einmal die Vorwürfe gegen seine Partei zurück.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfs ohne Aenderungen. Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus sofort in die dritte Beratung ein. Das Wort nicht weiter verlangt. Auf Antrag des Abg. Richter-Ostpreußen (Deutschnatl.) erfolgt namentliche Abstimmung. An der Abstimmung beteiligen sich 323 Abgeordnete, 208 mit Ja und 115 mit Nein. Damit ist das Gesetz angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die neue Sitzung um 3.25 Uhr. Die erste Beratung der Steuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Posadowsky (Deutsch-Natl.) äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zutreffende Ort für die Beratung der Steuervorlage ist. Sie sollte sich doch ursprünglich nur mit der Verfassung beschäftigen und dann neue Wahlen ausschreiben.

Finanzminister Erzberger. Sämtliche Redner bekundeten den ernsten Willen an der Sanierung der Finanzen mitzuarbeiten. Nach dem grundlegenden Gesetze ist die verfassunggebende Nationalversammlung berufen, dringende Reichsgesetze zu beschließen. Das dringendste ist aber die Sanierung unserer Finanzen. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in der Struktur Deutschlands. Er wird ganz anders wirken als diejenigen glauben, die ihn uns aufgezwungen haben. Aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauernd wird, wird dereinst der deutsche Nationalstaat erstehen. In dieser Richtung wird auch der Finanzminister wirken. Die Steuerflucht ist nicht eine Folge der Revolution, wie Graf Posadowsky behauptet hat. Es sind die besitzenden Kreise, die die Revolution benützen, um vor der Steuer auszukneifen. Die besitzenden Kreise haben dadurch ihrer Vaterlandsliebe ein äußerst trauriges Zeichen ausgestellt. (Lebhafter Beifall links.) Abg. Sturm (U. S.). Von dem Geiste der neuen Zeit ist in dieser Vorlage auch nicht eine Spur zu finden. Helfen kann uns nur eine Sozialisierung im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirksam der Allgemeinheit zugute kommt. Geschieht das, dann wird auch für die Arbeitermassen das Wort gelten: Arbeiten und nicht verzweifeln! Abg. Becker-Hessen (Volksp.) Die Kritik, die Herr Erzberger an der Amtsführung Hessenlands übte, war schon deshalb unangebracht, weil sie von der sicheren Tribüne dieses Hauses einem Manne gegenüber erfolgte, der sich hier nicht verteidigen kann, und mit dem der Finanzminister eine sehr ernste Pressefehde auszufechten im Begriffe ist. Erfreulich ist, daß der Streit zwischen Reich und Einzelstaat über die Ausnutzung der Steuerquellen verschwunden ist. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Eine dieser Steuervorlagen hätte uns allerdings früher vorgelegt werden sollen. Man kann nicht einen solchen Kübel von Steuern über das Volk ausgießen, ohne den ganzen Besteuerungsplan der Regierung zu kennen. Das Finanzministerium muß uns einen Plan darüber vorlegen, wie hoch der Gesamtbedarf ist und wie es sich diese Deckung denke. Damit schließt die Besprechung. Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffers (Dem.) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen. Das noch zur dritten Lesung bereitstehende Reichssiedelungsgesetz wird an einen Ausschuß verwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. Verfassungsentwurf.

Tages-Rundschau.

Eine neue Beamtenteuerungszulage.

Berlin. Der deutsche Beamtenbund, in dem mehr als 1½ Millionen Beamten organisiert sind, hat vor einigen Tagen einen Ausschuß nach Weimar entsandt, um mit dem Reichsministerium über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. In einer Besprechung, zu der sämtliche Reichsminister erschienen waren, erklärte Reichsministerpräsident Bauer, die Regierung sei grundsätzlich einverstanden, in Zukunft über alle Beamtenfragen ausschließlich mit der Organisation zu verhandeln. Der Reichsminister des Innern, David, legte dar, daß die unausgesetzte Vermehrung des Einkommens der Beamten nichts helfen könne, und daß sie mit einer Herabsetzung der Preise Hand in Hand gehen müsse. Darauf teilte Reichsfinanzminister Erzberger mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, außer den 1½ Milliarden, die zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise verwandt werden sollen, noch 500 Millionen auszuwerfen, um auch die Preise für alle Bedarfsartikel herabsetzen zu können und so weiter zur Erleichterung der Lebensbedingungen beizutragen. Ministerpräsident Bauer kündigte darauf noch an, daß die Beamten in der nächsten Zeit, wahrscheinlich Anfang oder Ende September, eine neue Teuerungszulage, die allerdings die Höhe der früheren Zulagen nicht erreichen würde, zu erwarten hätten.

Die Rätesozialisten gegen die Verkehrsstreiks.

Berlin. In einem Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen den Verkehrsstreik heißt es:

Diese Streiks sind nur ein Schlag der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das nur auf Kosten des Volkes, das immer höhere Fahrpreise und immer mehr Steuern bezahlen muß. Verlangen die Straßenbahner höhere Löhne, so müssen wir alle tief in unsere Taschen greifen. Die Streiks richten sich nur gegen unsere Arbeiter selbst. Es sind unsere eigenen Genossen, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verkehrsstreik eine größere Knappheit an Urbenamidolen und Kaldhaunen der Preße bewirkt. In den Beinen, im Magen und am Geldbeutel spürt nun das erbeitende Berlin den Eigennutz der Streikenden.

Der neue Kurs in Deutschland.

mg **Bern**, 9. Juli. In einer langen Betrachtung über das neue Deutschland findet das „Journal des Debats" anerkennende Worte für den Kurs, den die innere Politik der neuen deutschen Republik genommen hat. Das Blatt erklärt die Art und Weise, in der das Rätesystem Aufnahme in der Verfassung gefunden habe, für geradezu vorbildlich und stellt sein Urteil über das neue Deutschland in folgenden Worten zusammen: Das Deutsche Reich wird mindestens in der Form das demokratischste Land von ganz Europa oder doch unter den großen europäischen Staaten sein. Die Regierung ist vollständig dem Willen des Parlaments unterworfen. Die legislative Macht ruht in der Hand eines einzigen Parlaments, das auf dem Wahlmodus des Proporzes und des Frauenwahlrechts beruht. Mit einem Worte: Das ganze Volk besitzt das Recht der Initiative und des Referendums. Wir überlassen die Prüfung dieser Tatsachen allen denjenigen, die sich bisher über die deutsche Demokratie lustig gemacht haben. Aber ein Volk kann sich nicht von heute auf morgen im Grunde seines Herzens ändern. Wenn aber das ganze Land sich vor aller Welt bemüht, wirklich demokratisch aufzutreten, so hat man nicht das Recht, ihm den Sinn für derartiges abzusprechen, bevor man dasselbe Volk an der praktischen Arbeit gesehen hat.

Ministerpräsident Hirsch gegen die Zerstückelung Preußens.

mg **Berlin**, 9. Juli. In einem längeren Artikel gegen die Zerschlagung Preußens führt Ministerpräsident Hirsch im „Abendblatt" aus: Der Zerfall Preußens wäre das Beispiel für den Zerfall des Reiches. Jede Möglichkeit des Aufschwungs würde damit in weite Ferne gerückt. Wer Preußen zerschlägt, darf sich nicht wundern, wenn sich der Traum der Reichseinheit nicht erfüllt. Nicht im Sonderinteresse Preußens sprechen sich die preußischen Vertreter gegen die Projekte der Zerreißung aus, sondern, wie ein Redner im Ausschuß treffend hervorgehoben hat, vor allem, weil für das Reich die augenblickliche Kraft Preußens unentbehrlich ist. Desgleichen soll die Nationalversammlung noch im letzten Augenblick alle Versuche, die Bildung neuer Staaten zu erleichtern, von der Hand weisen, nicht im Interesse Preußens, sondern im Interesse des Deutschen Reiches, im Interesse einer einheitlichen deutschen Republik.

Versuche zur Gründung einer großhessischen Republik.

Mainz. Wie die „Coblenzer Zeitung" aus einwandfreier Quelle erfährt, haben sich einflußreiche Kreise Hessens an Exzellenz gewandt, damit die rheinische Republik baldmöglichst zur Tatsache werde, weil sonst eine Republik auf breiterer Grundlage, die auch Teile des nichtbesetzten Gebietes umfaßt, gegründet werde.

Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Die rheinische Republik des Dr. Dorten tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Aber eine neue Gefahr ist durch die Propaganda des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich entstanden, der versucht, eine große hessische Republik zu gründen. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheinhessen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld bis hinauf nach Wetzlar umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz anstelle Frankfurts zum Haupthandelsplatz werden soll."

Keine großhessische Republik. Der Vorwärts bestreitet energisch die Nachricht, daß der hessische Ministerpräsident Ulrich die Gründung einer großhessischen Republik betreibe. Diese Meldung stelle die Tatsachen auf den Kopf. Alle vom Ulrich unternommenen Schritte seien in engster Fühlung und im völligen Einvernehmen mit der Reichsregierung geschehen. Es bestünden keine Loslösungsabsichten, sondern im Gegenteil erstrebe Ulrich die Erhaltung sämtlicher hessischen Gebiete beim deutschen Reich.

mg **Bern**, 9. Juli. Aus einem angeblichen Interview mit dem gerzeit in der Schweiz befindlichen Prinzen der Niederlande verbreitet der Berner Korrespondent der „Daily News" die Meldung, Holland sei nach Erklärungen des Prinz-Gemahls verpflichtet, den Kaiser auszuliefern, wenn Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages die Auslieferung verlangen werde. — Wie demgegenüber der Berner Vertreter des WTB. auf eine Anfrage an zuständiger holländischer Seite erfährt, hatte der Prinz der Niederlande überhaupt keine Unterredung mit dem Vertreter der „Daily News" gehabt. Dem englischen Korrespondenten ist lediglich vom Sekretär des Prinzen erklärt worden, alle Meldungen über Konferenzen des Prinzen mit dem deutschen Kronprinzen seien falsch und frei erfunden. In holländischen Kreisen scheint man andererseits Wert auf die Feststellung zu legen, daß trotz aller Schritte der Entente die holländische Regierung noch Herrin ihrer Entschlüsse ist. Die Frage, ob sich die holländische Regierung durch ein aktives Eingreifen an der Auslieferung des deutschen Kaisers beteiligen wird, scheint durchaus noch nicht spruchreif zu sein. Eher könnte sich glaubwürdigen Informationen zufolge die holländische Regierung damit einverstanden erklären, in eine Rücksicht des Kaisers nach Deutschland einzuwilligen und die weitere Behandlung der Angelegenheit der deutschen Politik zu überlassen.

Die zufriedene Verwaltung im Rheinischen Gebiet. Die „Times" schreibt in einem Leitartikel über die Verwaltung des linksrheinischen Gebiets, diese werde von einem Ausschusse der Verbündetenmächte übernommen werden, der seinen Sitz in Koblenz hat und die Verwaltung durch Vermittlung der deutschen Behörden ausüben wird. Eine Anzahl Zivilpersonen, die die wirtschaftlichen, finanziellen und kommerziellen Fragen des Gebiets während der Zeit unter der britischen Verwaltung kennengelernt hätten, würden mit der militärischen Verwaltung zusammenwirken, so daß der Uebergang der Verwaltung ohne Hindernis erfolgen könne.

Keine Zusage von neuen Beamtenteuerungszulagen. Der Finanzminister Dr. Südekum nannte im Ausschuß der preußischen Landesversammlung die Nachricht, daß die Reichsregierung den Beamten für September eine Entschädigungssumme zugesagt habe, eine objektive Irreführung der Oeffentlichkeit. Eine solche Zusage sei nicht erfolgt, sondern es sei lediglich eine Prüfung im Einvernehmen mit Preußen zugesagt worden. In derselben Sitzung des Ausschusses gab der Minister eine Schilderung der Schwierigkeiten, die durch die Ausführung des Friedensvertrages erwachsen, und er sagte die Entwicklung voraus, daß die Steuergesetzgebung und die Steuererhebung zum allergrößten Teile auf das Reich übergehen müsse.

Ein Landarbeiterstreik. In der preußischen Landesversammlung ist folgende dringende Interpellation Neßel eingelaufen: Streiks der Landarbeiter sind in Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg, Pommern, Schlesien ausgebrochen, und zwar dort, wo Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und organisierten Landarbeitern abgeschlossen sind. Außerdem steht nach zuverlässigen Nachrichten für die Zeit der Einbringung der Ernte ein allgemeiner Landarbeiterstreik in Aussicht. Dadurch wird die Einbringung der Ernte in Frage gestellt und die Ernährung der Bevölkerung auf schwerste gefährdet. Welche Stellung gedenkt die Regierung solchen Streiks gegenüber einzunehmen, und wie gedenkt sie den Ausbruch derselben zu verhindern.

Eine Einigung über die Schulfrage in Preußen.

Die Provinzen in Schulfragen autonom.

Weimar, 9. Juli. Die Verhandlungen zwischen den preußischen Ministern und den Vertretern des Reichsministeriums des Innern und der beteiligten Parteien über die Frage des Schulkompromisses haben zu einer Einigung in Preußen geführt. Die preußischen Minister haben sich zu einer Nachgiebigkeit bereitfinden lassen, die sich dahin äußert, daß die Zuständigkeit in Schulfragen in Preußen von der Landesregierung auf die Provinzialregierung, also in erster Linie auf die Provinzialausschüsse, abgeschoben werden soll. Es tritt dadurch in Schulsachen eine Autonomie der Provinzen ein, die den konfessionellen Wünschen der betreffenden Bevölkerung Rechnung tragen soll. Die Kompetenzen der Provinzialgesetzgebung werden denselben Einschränkungen unterliegen, die nach dem Schulkompromiß im Reiche der Schulgesetzgebung der Einzelstaaten auferlegt worden sind. (K. Z.)

Eine Erklärung Ulrichs.

Das dem hessischen Ministerpräsidenten nahestehende „Offenbacher Abendblatt" bringt unter der Ueberschrift „Ulrich und die Rheinische Republik" folgende Mitteilung:

„Unser Ministerpräsident hat zwar früher schon und auch erst am vorigen Donnerstag in der Volkskammer nicht den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß er, wie die übrigen Sozialdemokraten in der hessischen Regierung, der „Rheinischen Republik" des Herrn Dorten völlig ablehnend gegenübersteht. Er hat das auch neulich dem General Mangin gegenüber mündlich zum Ausdruck gebracht. Trotzdem verbreitet man in Offenbach und Darmstadt, in Rheinhessen und im preußischen Rheinland geflissentlich das törichte Gerücht, Ulrich habe sich von Mangin „herumkriegen" lassen, und der Koblenzer Vertreter der Londoner „Daily Mail" hat sogar seinem Blatt berichtet, die neue deutsche Republik bestehe aus „dem Rheinland, Hessen-Darmstadt und der Rheinpfalz, mit dem Regierungssitz in Darmstadt, und Ministerpräsident Ulrich solle Präsident der neuen Republik werden. Wir können aufs bestimmteste versichern, daß es sich hier entweder um eine Zeitungsente oder um einen Versuch handelt, für den Ulrich nichts anderes übrig hat, als ein herzliches Lachen."

Die „Wiesb. Ztg." erhält folgende Zuschrift: Erklärung. Wir verurteilen aufs allerentschiedenste die Dortenschen Machenschaften und alle Putschversuche. Wir lehnen jede Zerstückelung deutscher Lande ab, weil die Zunahme der Kleinstaaterei den völligen Zerfall des Deutschen Reiches einleiten würde. Sollten sich dennoch einzelne Kreise unserer nassauischen Landsleute mit dem Gedanken einer Rheinischen Republik befreunden, dann verlangen wir, daß die verfassungsmäßigen Zentralorgane diese Angelegenheit nur nach Anhörung der berufenen Vertreter und der wichtigsten Körperschaften Nassaus erledigen. Für den Fall einer gesetzlichen Volksabstimmung fordern wir, daß Nassau, bezw. der jetzige Regierungsbezirk Wiesbaden für sich allein frei und ungehindert abstimmt, und daß einer gründlichen Aufklärung unserer nassauischen Landsleute in dieser Frage von keiner Seite die geringsten Schwierigkeiten bereitet werden. Arbeitsausschuß zur Wahrung der Interessen Nassaus in Fragen des Westdeutschen Freistaates.

Keine Betriebsräte für die Landwirtschaft.

In den maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen wird, wie den „Pol. Inf." mitgeteilt wird, die energische Forderung erhoben, von einer Einfügung der Landwirtschaft in das Gesetz über die Betriebsräte jetzt unbedingt abzusehen. Die Landwirtschaft muß als lebensnotwendiger Erwerbszweig des deutschen Volkes zurzeit unter allen Umständen von Eingriffen verschont werden, die in schädlichster Weise auf Produktion und Ernte einwirken und damit zur Katastrophe führen müssen. Durch Einführung von Betriebsräten würde eine Machtverschiebung zugunsten der Arbeitnehmer stattfinden, die gerade noch den in der letzten Zeit gemachten Erfahrungen in der Landwirtschaft nicht ertragen werden kann! Die schon jetzt maßlosen, meist von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnten Forderungen der organisatorisch nicht geschulten Arbeiter, ihre wilden Streiks, die bereits Gefahren ernstester Art — man denke zunächst nur an die Ernte! — heraufbeschworen, sollten doch angesichts der sonstigen chaotischen Zustände im Reich ein warnendes Menetekel sein, nicht noch weiter zu gehen! Aller politischer Weisheit Kern liegt jetzt in der Ernährungsfrage. Wer dies immer noch nicht begriffen hat, dem ist nicht zu helfen. Und wer es begriffen hat, der muß seine Stimme gegen „Betriebsräte in der Landwirtschaft" erheben!

Ein Ernährungskommissar für das besetzte Gebiet.

Das Reichsernährungsministerium hat zur Wahrnehmung der ihm obliegenden Interessen der Lebensmittelversorgung in den besetzten Gebieten, namentlich in Fragen der Ein- und Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln und Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie den früheren Beauftragten des Reichsernährungsministeriums in Budapest, Regierungsrat Claasen, als Kommissar mit dem Sitz in Köln ernannt.

Pläne der Reichspostverwaltung.

Ueber die Pläne der Reichspost im Kraftwagen-, Flug- und Funksprechwesen hat die Verwaltung dem neuen Verkehrsbeirat eingehende Mitteilung gemacht. Große Kraftwagenlinien hatte Bayern schon vor dem Kriege eingerichtet. Auch im Reichspostgebiet waren sie geplant, sollen aber jetzt ausgeführt werden. Es können bald 135 Kraftwagen neu eingestellt werden. 125 Unterstellen sind vom Heere erworben; sie werden in eigener Werkstatt für die Zwecke der Post eingerichtet. Außerdem sind 100 Personenwagen mit 20 Sitzen und 210 schwere Lastwagen zu drei Tonnen für den Telegraphenbau in Arbeit. Die Privatkraftwerke werden nach und nach durch reichseigene Kraftwagen ersetzt. Der Anfang für ein reichseigenes Netz ist im Harz gemacht, wo Wagen und Grundstücke vom Reich angekauft worden sind. Auch bei der Bestellung der Postsachen werden mehr und mehr Kraftwagen verwendet. Das Flugwesen hält das Reichspostministerium und das Luftamt noch nicht geeignet für allgemeine Verkehrszwecke. Die jetzigen Gebühren sollen herabgesetzt und insbesondere Zeitungen befördert werden. Das Reichsfunknetz war schon 1916 geplant und wird jetzt ausgeführt. Die Funkentelegraphie ist um so wichtiger, als es an Kabeln für den Fernsprechbetrieb fehlt. Großstationen sind vorgesehen in Berlin, Breslau, Köln, Dortmund, Hamburg usw. Diesen werden kleinere Stationen angegliedert werden.

Das kritische Jahr 1917.

Der Pariser Mitarbeiter der „Daily Mail" hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré. Er sagte ihm, welcher Abschnitt des Krieges dem Präsidenten am weisten kritisch schien. „Das Jahr 1917", antwortete der Präsident. „In diesem Jahre hatte Deutschland alle seine Kraftanstrengungen entfaltet und ebenso in Frankreich wie auch in England Demoralisation verursacht. Es war kaum bemerkbar, aber es bildete sich eine äußerst feine Atmosphäre von Entmutigung. Von dem Augenblick an, wo man begriff, daß amerikanische Hilfe in sehr reichem Maße kommen werde, besserte sich die Moral, und das Publikum hat im Jahre 1918, trotzdem dieses Jahr so bittere Zeitabschnitte umfaßte, sein Gefühl von Vertrauen wieder zurückgewonnen." Ueber die Zukunft Frankreichs äußerte Poincaré, daß Jahre nötig sein werden, bevor das warmste Leben hier wieder aufgenommen werden könne.

Kleine Mitteilungen

Weimar. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der derzeitige Ernährungsminister Robert Schmidt der Nachfolger des Reichswirtschaftsministers Wissel werden würde unter Beibehaltung seines gegenwärtigen Ressorts, das dann dem Reichswirtschaftsamt unterstellt würde.

Unser Hindenburg. Die Wiener „Zeit" bewundert das Anerbieten Hindenburgs an Foch und schreibt: Alle Kundgebungen Hindenburgs zeigen immer wieder einen jener Charakteure, die Deutschlands Stärke ausmachen. Als alles fahnenflüchtig wurde, blieb er fest, wenn alle untreu werden, er bleibt treu.

Ueber die große Vermögensabgabe im Reich wird aus Süddeutschland noch gemeldet, abgabefrei sollten Vermögen bis zu 5000 Mark sein, der niedrigste Satz der Abgabe betrage 10 v. H. bis zu 50 000 Mark, kinderreiche Familien und solche mit kleinem Einkommen sollten einzelne Stundung bis zum Ableben erhalten.

Hamburg. Die Hamburger Hafenarbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird jetzt für alle Hafenarbeiter ein gleichmäßiger Tagelohn von 25 Mark und eine Ueberstundenentschädigung von 50 v. H. Die Kohlenarbeiter in Hamburg haben jetzt 28 Mark Tagelohn gefordert. Die Hafenarbeiter wollten denselben Satz; der Vorstand ihres Verbandes erklärt aber, ein Tagelohn von 25 Mark sei „ausreichend".

London. Der britische Minister Barnes, Mitglied der Arbeiterpartei, wird wahrscheinlich britischer Gesandter in Berlin werden.

New York. Die New Yorker „Times" meldet: Die Börse stand unter dem Eindruck von Berichten über den bevorstehenden Abschluß einer amerikanischen Milliardenanleihe für Deutschland.

mg **Berlin**, 10. Juli. (Morgenblätter.) Aus Weimar meldet der „Vorwärts": Die Urkunde über die Ratifikation ist im Laufe des Nachmittags nach der Ausfertigung vom Reichspräsidenten unterzeichnet und am Abend sofort durch Kurier abgesandt worden. — Von Seiten der Entente ist, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." erfährt, durch Herrn Dutasta die Mitteilung gemacht worden, daß die Verhandlungen über die Verwaltung der Rheinlande unverzüglich beginnen sollen und zwar in Verbindung mit der Frage des Wiederaufbaues der belgisch-französischen Kriegsgebiete. Es wurde gleichzeitig der Wunsch der Entente, die baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, zum Ausdruck gebracht.

mg **Paris.** Der Deputierte Renaudel von der Vereinigungskommission der Kammer, und Millerand erklären einem Vertreter des „Matin", die Arbeitskommission plane den obligatorischen Militärdienst auf ein Jahr oder höchstens 15 Monate festzusetzen.

Straßburg. Die Einbeziehung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatsverband wird durch einen feierlichen Akt im ehemaligen Kaiserpalast in Straßburg erfolgen. In der amtlichen Erklärung wird gesagt werden, daß von diesem Tage an alle in Elsaß-Lothringen wohnenden, aber auch außerhalb des Landes sich aufhaltenden Elsaß-Lothringer als französische Staatsangehörige zu betrachten seien.

Weimar. Der Reichspräsident hat Mittwoch abend die Urkunde über die Ratifizierung des Friedens unterzeichnet, und unmittelbar darauf ist ein Kurier mit dieser Urkunde nach Versailles abgereist. Die Ratifizierungsurkunde ist am Donnerstag in Versailles übergeben worden.

Wann endigt der Kriegszustand? Wie die „Berliner Börsenzeitung" meldet, wird die Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten habe, durch eine Verfügung der Regierung gelöst werden. Bald nach der Ratifikation wird der Reichspräsident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegszustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen werden, weil manche Gesetze noch geraume Zeit nach Beendigung des Kriegszustandes Geltung haben.

Die große Vermögensabgabe. Wie nunmehr feststeht, wird der Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919 sein. Dieser späte Zeitpunkt ist gewählt worden, um einmal die Vermögensverluste infolge des Krieges und der Revolution zu berücksichtigen und andererseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die Revolutionsgewinne fassen zu können.

In Köln wurde der Beschluß gefaßt, daß sich die Industrie der besetzten Rheinlande zu einer Rheinischen Gruppe des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammenschließt.

Die unwiderstehliche Wirkung der Aufhebung der Blockade wird ein starker Zuzug von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein, die in den letzten Monaten von privaten Firmen in den neutralen Ländern eingekauft worden sind.

Unerzogen. Der Kaiser hat mit größter Ruhe die Entscheidung der Alliierten vernommen, daß er zur Aburteilung nach London gebracht werden soll. (Daily Mail.)

Amsterdam. Im Laufe eines Gespräches, das der Kronprinz mit einem seiner Familienangehörigen hatte, erklärte er: Für den Fall, daß die Eventualität eintritt und ich von den Alliierten verurteilt werde und Holland mich auslefern sollte, werden die Alliierten nur meinen Leichnam erhalten. Ich allein bestimme über mein Leben oder meinen Tod! (Matin.)

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Die 1. Mannschaft des „Hochheimer Sport-Vereins 1909" wird in den Monaten Juli/August keine Fußballwettspiele austragen, um sich der Leichtathletik zu widmen. Mehrere Mitglieder werden an verschiedenen Sportfesten in den Rauskenkurrenzen mitstarten. Die 2., 3. und 4. Mannschaft werden den Spielbetrieb auch während des ganzen Sommers durchführen. Die letzten Ergebnisse sind: 2. Mannschaft gegen Biebricher F.-B. 3. 3:1 gew., 2. Mannschaft gegen F.-B. Schierstein 1. und 2. 3:1 gew. Kommenden Sonntag (13. Juli) begibt sich die 2. Mannschaft nach Gustavsburg zum Rückspiel gegen F.-K. Germania-Gustavsburg.

Hochheim. Am vergangenen Sonntag war der 1. Hochheimer Fußballklub „Alemannia" mit zwei Mannschaften zu einem Wettspiel gegen die gleichen Mannschaften des als sehr spielstark bekannten Sportvereins Mainz-Bretzenheim verpflichtet. In Anbetracht dessen, daß „Alemannia" mit diesen Spielen seit fünf Jahren zum ersten Male wieder an die Oeffentlichkeit trat und außerdem noch für drei der besten Spieler Ersatz einzustellen gezwungen war, kann das erzielte Resultat als äußerst günstig bezeichnet werden. Die erste Mannschaft gewann nach äußerst spannendem Spiel mit 2:0, die zweite Mannschaft konnte nach überlegenem Spiele mit 5:1 als Sieger den Platz verlassen. Kommenden Sonntag, den 13. Juli spielen die erste und zweite Mannschaft des 1. Hochheimer Fußballklubs „Alemannia" auf dem Sportplatz am Weiher gegen die gleichen Mannschaften des Sportklubs von 1912 Mainz. Nach dem Resultat vom vergangenen Sonntag zu urteilen, ist ein überaus spannender Wettkampf zu erwarten. Anstoß 2 Uhr.

Biebrich.

* Die Abführung der Arbeitgeberanteile an die Ersatzkrankenkassen. Die Nationalversammlung hat am 24. Juni 1919 ein Gesetz verabschiedet, das am 29. Juni zur Kraft getreten ist; danach haben die Arbeitgeber ihr Beitragsanteil zur Krankenversicherung ihrer in Ersatzkassen versicherten Angestellten und Arbeiter ab 29. Juni nicht mehr an die gesetzlichen (Orts-, Betriebs- und Innungs-) Krankenkassen, sondern unmittelbar an die berechtigten Ersatzkassen zu zahlen. Das neue Gesetz hebt also den § 13 der Regierungsverordnung vom 4. 2. 19 auf, nach dem der Arbeitgeberanteil für Ersatzkassenmitglieder bekanntlich den gesetzlichen Kassen zur freien Verfügung verbleiben sollte.

* Nassauische Kriegsversicherung. Die Berechnung für die Nassauische Kriegsversicherung und die Feststellung der jeweiligen Leistungen sollen bedingungsgemäß 3 Monate nach Friedensschluß erfolgen. Die Direktion der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden macht daher heute im Anzeigenteil bekannt, daß die bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche nachrückenden Hinterbliebenen von gefallenen und versicherten Kriegsteilnehmern die geforderten Anmeldescheine mit Sterbeurkunde umgehend einsenden sollen. Wir verweisen auf die Bekanntmachung.

* Verteilung von Heeresgerät. Wie die Handwerkskammer bekannt macht, ist das Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Mainheim, bereit und in der Lage, verschiedene Heeresgeräte, insbesondere Wagen, Feldküchen, Erbbaukisten, Geschirre, Geschirrteile usw. am Lager gegen Barzahlung an Handwerker abzugeben. Die Preise sind mäßig. Handwerker, welche auf derartige Geräte reflektieren, werden sich am besten direkt persönlich an die genannte Zweigstelle zu Mainheim. Von etwaigen Rundschreiben bitet die Kammer, sie zu benachrichtigen.

* „Preußisch" statt „königlich". Der Minister für Handel und Gewerbe weist in einem Erlaß an die ihm unterstellten Behörden darauf hin, daß die republikanische Staatsform durch das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 30. März 1919 ihre gesetzmäßige Grundlage erhalten hat. Es erscheine zunächst notwendig, auf den Siegel- und Stempelabdrücken, sowie bei den Beschriften an und in den Dienstgebäuden der preußischen Staatsbehörden das Wort „königlich" zu entfernen oder durch das Wort „preußisch" zu ersetzen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Material- und Arbeiterbeschaffung, sowie im Interesse der Kostenersparnis soll im Allgemeinen von der Beschaffung neuer Amtssiegel und Amtsschilder vorläufig nach Möglichkeit abgesehen werden. Bei der Ausfertigung von Bestallungen für Beamte ist fortan die Bezeichnung „die preußische Staatsregierung" als Anstellungsbehörde zu verwenden.

* Bestrafung. Die Fronleichnamsprozessionen waren heuer in dem besetzten Gebiete nur unter dem Vorbehalt genehmigt worden, daß keine politische Kundgebungen dabei stattfinden

und nur rein religiöse Fahnen und Abzeichen in der Prozession getragen werden durften. In Niederuhsen wurde das Gebot nicht eingehalten, denn dort erschien ein Kind mit einer deutschen Fahne. Deswegen waren der Lehrer Schmidt aus Königshofen und Wilh. Schäfer aus Niedernhausen vor das französische Ober-Militär-Polizeigericht geladen; der erste, weil er die Aufsicht der Kinder nicht ausgeübt, der zweite, weil er Besitzer der Fahne war und nicht dafür gesorgt hatte, daß dieselbe zu Hause blieb. Die Angeklagten wurden zu 50 Mark resp. 200 Mark Geldstrafen verurteilt.

* **Woher kommt der Eiermangel?** Es ist in der letzten Zeit in einer Anzahl von Zeitungen die Frage erörtert worden, woher der gegenwärtige Eiermangel wohl kommen mag. Es sind allerlei Lösungen für diese Frage versucht worden, aber der Kernpunkt liegt viel einfacher und entspricht genau den Erfahrungen, die man mit anderen Lebensmitteln im Laufe des Krieges gemacht hat, nämlich der Erfahrung, daß es unmöglich ist, für einen Artikel Höchstpreise festzusetzen, ohne ihn auch gleichzeitig durch Beschlagnahme in die Hand zu bekommen. Diese Erfahrung ist für Gemüse und Obst im ausreichenden Umfange gemacht worden und es war nicht anders zu erwarten, als daß das gleiche Experiment für die Eier ein Schlag ins Wasser sein mußte. Es ist auch ohne weiteres einleuchtend, daß man einen Höchstpreis nur für eine Ware festsetzen kann, die man tatsächlich in der Hand hat. Sonst ist es viel zu verlockend und viel zu leicht, die Bestimmungen zu umgehen, als daß man die Einhaltung solcher Bestimmungen aus rein ideellen Gesichtspunkten erwarten dürfte. In der Tat wandern die Eier, seit der Festsetzung eines Richtpreises, in solche Gebiete ab, in denen ein Richtpreis nicht festgesetzt ist, oder in denen die Ueberwachung laxer gehandhabt wird, oder sie werden von den Verbrauchern und wilden Aufkäufern in gegenseitiger Ueberbietung bei den Hühnerhaltern direkt aufgekauft. Daher ist es dem legitimen Handel unmöglich, Eier zu den Richtpreisen zu kaufen und so kommen Handel und Verbrauch der Festsetzung dieser Richtpreise sind die Eier in dem Augenblick der Festsetzung dieser Richtpreise auf dem Markte verschwunden. Durch Auslandseier kann dieser Ausfall nicht gedeckt werden. Der Weltmarkt zeigt eine außerordentliche Knappheit, und durch französische und englische Aufkäufer werden Eier in dem besetzten und in den östlichen Gebieten, die bisher unsere Haupt-Eier-Lieferanten gewesen sind, zu sehr hohen Preisen gekauft, sodaß nur verschwindend kleine Mengen nach Deutschland kommen und diese wenigen sind noch, durch den schlechten Stand der Valuta, außerordentlich teuer. Wie sich aus diesen tatsächlichen Feststellungen ergibt, sind auch die Berichte, die die Zeitungen von großen Eier-Ankünften in Bremen vor einiger Zeit gebracht haben, vollständig aus der Luft gegriffen. Wir sind für die Eierbeschaffung hauptsächlich auf den Inlandsmarkt angewiesen. Die Zuleitung an die Bevölkerung müßte entweder in voller Freiheit oder durch Zwangsbewirtschaftung erfolgen.

* **Ein Tunichtgut.** Der Unhold, der vor Monatsfrist im hiesigen Schloßpark und in der Rheingaustraße Mädchen und Frauen in unsittlicher Weise belästigte, ist nun endlich dingfest gemacht worden. Eines schönen Abends hatte er sich auch in der Wiesbadener Straße in ein Haus eingeschlichen und lauerte in der Dunkelheit einem jungen Mädchen auf. Als dieses nun in das Haus trat, gab er sich als Kriminalbeamter aus und faßte das Mädchen, als dieses die Treppe hinaufgehen wollte. An seinem Vorhaben wurde der Unhold aber durch energische Gegenwehr verhindert. Dank der ziemlich genauen Beschreibung seitens des jungen Mädchens war es möglich, den Wüstling zu ermitteln. Erst nach längerem Leugnen war er geständig. Er ist bereits wegen gleicher Verfehlungen vorbestraft worden. Er hat übrigens auch einen Arbeitskollegen um 10 Heringe bestohlen u. es ist deshalb gegen ihn auch ein Verfahren wegen Diebstahls anhängig.

* **Ausgabe der C-Postkarten.** Die Postkarten zu 10 Pfg. mit der Erinnerungsfreimarke werden im Laufe des Monats Juli ausgegeben werden. Sie werden verkauft, sobald sie bei den Postanstalten eingegangen sind. Diese C-Postkarten, wie sie amtlich heißen, werden ebenso wie die C-Marken nur auf besonderes Verlangen und zunächst nur in kleineren Mengen an den einzelnen Käufer abgegeben. Es können aber auch größere Mengen bestellt werden. Diese werden dann beim Eingang der nächsten Lieferung von Marken an das Postamt ausgeglich. Ebenso wie die Erinnerungsmarken sind auch die C-Postkarten nur im inneren deutschen Verkehr, also im Reichspostgebiet, in Bayern und Württemberg gültig.

* **Obsternte-Aussichten im Regierungsbezirk Wiesbaden.** Wie die Zentralstelle für Obst- und Gemüseverwertung in Frankfurt a. M. mitteilt, dürfen sich die diesjährigen Obsternteaussichten im Regierungsbezirk Wiesbaden durchschnittlich wie folgt zusammenfassen lassen: Süßkirschen mittel bis gut; Sauerkirschen mittel, teilweise gering; Himbeeren gut; Johannisbeeren mittel, teilweise gering, besonders stark hat die Sorte Rote Kirsche, die in der Nähe von Frankfurt in größerem Umfange angebaut ist, unter Frost gelitten, dagegen bringt die Rote Holländische noch gute Ernten; Stachelbeeren mittel bis gut; Birnen mittel bis gut, besonders gut am südlichen Taunus und in der Main- und Mainebene; Aepfel mittel bis gut, gering zum Teil in den höheren Lagen des Westerwaldes; Mirabellen mittel, teilweise noch gering; Frühzwetschen gering bis mittel; Reineclauden gering bis mittel; Pflaumen gering bis gut; Zwetschen mittel bis gut, gering im Lahn- und Westerwaldgebiet teilweise Mißernten. — Das Frühgemüse hat unter der Trockenheit stark gelitten, sodaß die Ernte allgemein gering ausfällt. Der Stand der Bohnen ist bis jetzt noch gut. Frühkartoffeln versprechen infolge der Trockenheit nur eine geringe Ernte. Das Spätgemüse konnte erst in der letzten Zeit infolge des ungünstigen Wetters gepflanzt werden.

Wiesbaden. Der Vorstand des Bezirks Nassau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht folgende Erklärung: „Um allen Fälschungen, die von interessierter Seite in Frankreich der „Rheinischen Republik" verbreitet werden, die Spitze abzubrechen, erklären wir, daß wir nicht nur die Dortenschen Machenschaften bekämpfen, sondern uns gegen jeden Zerstückelungsversuch deutscher Lande zur Wehr setzen, weil sie nur zur neuen Kleinstaaterei führen. In Uebereinstimmung mit unseren gesamten Ortsvorständen im besetzten Gebiet Nassaus erstreben wir aus rein wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die Deutsche Einheitsrepublik an und hoffen, damit dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit am besten zu dienen." Unterzeichnet ist die Erklärung von: J. A.: O. Witte, D. Dodenhof, W. Lieser, Ph. Müller, A. Dietrich, K. Lindig, G. Scheffler, Frau Stickrath.

Ein Raucherstreik ist in Wiesbaden von einer Anzahl passionierter Raucher angezettelt worden. Vier lange Wochen wollen sie auf den gewohnten Genuß verzichten, um auf diese Weise gegen die fortgesetzte Preissteigerung und Verschlechterung aller Tabakfabrikate zu demonstrieren. Sie hoffen, daß alle Raucher das Gleiche tun werden. — Ach du lieber Gott! Wie werden diese Optimisten enttäuscht werden!

* **Wiesbaden.** Eine interessante Entscheidung. Der Fuhrunternehmer Otto Klotz von hier wurde unlängst vom französischen Polizeigericht Wiesbaden-Stadt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich dem Gendarmeriewachtmeister Arend in Wehen, einem deutschen Beamten, der aber Hilfsbeamter der französischen Militärgewalt ist, widersetzt und denselben geschlagen hat. Arend hatte den Klotz bei Neuhof angehalten, als derselbe mit seinem Fuhrwerk Kartoffeln, Roggen und Futtermittel unberechtigter Weise aus dem Unterlaunus ausführen wollte, und Klotz hatte den Beamten mit der Peitsche geschlagen und grob beleidigt. Mit dem Falle beschäftigte sich auch die hiesige Strafkammer. Sie verurteilte den Klotz wegen öffentlicher Beleidigung des Gendarmen zu 14 Tagen Gefängnis und wegen Kriegsvergehen — Ausfuhr von Kartoffeln und Roggen aus dem Untertaunuskreis — zu hundert Mk. Geldstrafe und sprach dem Beamten die Publikationsbefugnis im „Wurbetrieb" zu. Wegen der Widersetzlichkeit und Körperverletzung dem Arend gegenüber aber stellte das Gericht das Verfahren ein mit Rücksicht darauf, daß derselbe deswegen bereits von dem französischen Gericht bestraft worden ist und die Entscheidungen der französischen Militärgerichte in dem fraglichen Gebiet als zu Recht bestehend ebenso anzuerkennen sind wie die der deutschen Gerichte.

* **Französisches Militär-Polizeigericht Wiesbaden-Land.** Bei dem 53jährigen Tüncher A. O. in Frauenstein wurden in einem Mauerwerk seiner Hofreite zwei Gewehre, 15 Dutzend Patronen, Sprengkapseln und eine Zündschnur vorgefunden. O. erhielt acht Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

— Der 19jährige Metzgergehilfe B. W. aus Erbenheim wurde mit seinem Fuhrwerk in Höchst angehalten, als er die Grenzen überschreiten wollte. Die Kontrolle fand auf seinem Wagen einen zugenagelten Kasten mit 62 Pfund Schokolade. Das Gericht nahm W. in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen und in eine Geldstrafe von 200 Mark. — Bei der Gepäckrevision auf dem Bahnhof Höchst hielt man den H. F. aus Diedenbergen an, der acht Pfund Schmalz bei sich führte. Er erhielt vier Tage Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. — Weil sie fünfeinhalb Pfund Schokolade bei sich führte, verfiel die Arbeiterin M. D. aus Weilbach in eine Geldstrafe von 35 Mark. — Ein Revolver und ein Dolch wurde gelegentlich einer Haussuchung bei dem Heizer W. G. in Bierstadt vorgefunden. Urteil: 8 Tage Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. — Bei dem W. K., ebenda, fanden sich zwei geleerte Handgranaten. Er bekam 50 Mark Geldstrafe. — Die K. S. aus Flörsheim wollte Lebensmittel und Filme nach Frankfurt schmuggeln. Urteil: Fünf Tage Gefängnis und 600 M. Geldstrafe. — Der Kaufmann G. R. aus Flörsheim wurde ohne Paß bei Nied angehalten. Mit 100 Mark Geldstrafe muß er diesen Verfehl büßen. — A. M. in Bierstadt erhielt kürzlich aus dem unbesetzten Daubern Besuch eines Bekannten. Von diesem Tage an fehlte der Personalausweis, infolgedessen ihm ein neuer ausgestellt wurde. Mit dem alten wurde aber bald darauf der Bekannte abgefaßt. Das Gericht nahm M. in eine Geldstrafe von 100 M. — Neun Einwohner von Biebrich und Dotzheim erhielten wegen Appellversäumnis und Paßvergehen Geldstrafen von zehn bis dreißig Mark.

§ Der stellvertretende Regierungspräsident Oberregierungsrat Gustav Springorum hat gegen seine Verurteilung durch das französische Tribunalgericht Berufung eingelegt. Springorum ist vom Amte suspendiert und mußte sich schriftlich verpflichten, das Weichbild der Stadt nicht zu verlassen.

Rüdesheim. Herr Bürgermeister Alberti dahier hat seine Versetzung in den Ruhestand beantragt.

Rüdesheim. Der Turngau „Süd-Nassau" hält am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, dahier einen Gauturntag ab. Neben anderen Angelegenheiten, Wahl für Gauvorst 1920 usw., findet auch die Wahl eines neuen Gauvertreters anstelle des verstorbenen Nieder-Wiesbaden statt.

Höchst. Gegen die starken Uebertreibungen, die sich einige auswärtige Blätter haben zuschulden kommen lassen bei der Schilderung der Vorgänge, die mit dem Vorrücken und dem Rückmarsch der französischen Truppen in den kritischen Tagen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammenhängen, wird seitens der franz. Militärverwaltung Front gemacht. Eine Kommission, welche im Auftrag des Militärkommissars der neutralen Zone die erhobenen Beschuldigungen auf ihre Berechtigung prüfte, hat einen Bericht erstattet, der Satz für Satz die Behauptungen zurückweist. U. a. war in den Zeitungsberichten gesagt: „An den Landstraßen hieb man die Bäume um und schmückte Roß, Geschütz und Mann mit dem Gezweig. Die Obstbäume in den Gärten sanken dahin, kein Blumenstock, kein Gemüsebeet, keine Weinranke blieb verschont. Obstgärten und Vorgärten in Dorf und Stadt gleichen heute verheerten Schlachtfeldern. Aus einer Gärtnerei in Sossenheim frißt die Soldateska das letzte Blümlein. Der Nieder Wald bildet eine Wüstenei, so furchtbar hausten die Senegalneger in ihm. Der Höchster Stadtpark gehört der Vergangenheit an. Korn- und Kartoffelfelder gab es für 1919 im Gebiet der Rückzugsstraße einmal. — In Höchst a. M. kam es, da hier drei Wege in die allgemeine Rückzugsstraße einmündeten, zu unentwirrbaren Knäueln und Stockungen schlimmster Art. Stundenlang währte es, ehe einigermaßen Ordnung in das Chaos kam. Es schien, als ob die Reste eines bis zur Vernichtung geschlagenen Heeres sich rückwärts flüchteten", usw. Wer diesen Bericht geschrieben hat, beweist damit nur, daß er selber sich in unserer Gegend nicht umgesehen, sondern sich lediglich auf wüste „Räubergeschichten" verlassen hat, die in den kritischen Tagen hier und da im Umlauf waren. Denn sonst hätte er eine mit den Tatsachen so hart im Widerspruch stehende Schilderung, wie die vorstehend skizzierte, nicht geben können. (Höchster Kreisbl.)

mz **Frankfurt,** 10. Juli. Der für den 12. Juli nach Hamburg anberaumte Kongreß der Lazarett-Insassen, der bekanntlich wegen der Unruhen in Hamburg verboten worden war, findet, wie wir erfahren, nunmehr am 14. Juli in Frankfurt statt.

Herborn. Zwischen der hiesigen Station und Burg wurde der Bauunternehmer Gries aus Herborn bei der Beschtigung von Bahnerweiterungsarbeiten von dem Gießen-Siegener Schnellzuge überfahren und getötet.

Ems. Der Magistrat erläßt folgende Warnung an die Bürger: „Die französische Besatzungsbehörde ist mit der Haltung der Bevölkerung in Bad Ems unzufrieden; seit acht Tagen sei die Bevölkerung nicht mehr so entgegenkommend wie früher. Nun ist jetzt die Schutzhütte auf dem Röderberg mit der französischen Fahne abgebrannt. Es wird absichtliche Brandstiftung vermutet, die Untersuchung ist eingeleitet; sollte die Vermutung sich bestätigen und der Schuldige ermittelt werden, so wird er vor das Kriegsgericht gestellt und hat eine schwere Strafe zu erwarten. Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises hat in Aussicht gestellt, daß die Stadt Ems mit einer Strafe von 40 000 Mark belegt würde, wenn binnen einer Woche noch eine Unbotmäßigkeit vorkommen sollte. Mitbürger, helft mit, den Brand der Schutzhütte aufklären bezw. den Schuldigen zu ermitteln. Sorgt alle dafür und tretet dafür ein, daß jeder Unfug zur Bestrafung unserer Stadt vermieden wird!"

= **Mainz.** Die Kriminalpolizei ist gegenwärtig besonders eifrig auf die Prüfung der auf dem Wochenmarkt von den Verkäufern benutzten Wagen und Gewichte bedacht. Es wurde wiederholt festgestellt, daß beim Verwiegen von Gemüse und Obst falsche Gewichtsteine benutzt wurden, und mehrfache Anzeigen erfolgten deswegen auch schon während des Marktes am letzten Freitag. Auf dem Dienstag-Wochenmarkte schritt die Polizei wiederum recht energisch ein und nahm auch mehrfach Händlern die Wagen weg. Da und dort widersetzten sich die Verkäufer dem Vorgehen der Polizei, die begreiflicher Weise das kaufende Publikum vollzählig hinter sich hat; denn bei den hohen Obst- und Gemüsepreisen darf man wohl noch erwarten, daß einem wenigstens die Ware zum vollen Gewicht geliefert werde.

Mainz. Die Athletik-Sport-Vereinigung Mainz gegr. 1888 schreibt für Sonntag, den 24. August, ihre Wettkämpfe zu den großen olympischen Spielen für Schwer- und Leichtathletik aus. Ringkämpfe und Stemmen aller Gewichtsklassen, sowie Fußballwettstoß, Staffettenlauf, Tauziehen, Altersriege kommen im Wettbewerb zum Austrag. Auch der jüngeren Generation soll hier Gelegenheit gegeben werden, ihre geschulte Gewandheit in Konkurrenz zu stellen, sodaß die Veranstaltung eine recht interessante zu werden verspricht. Die Kämpfe werden auf eigenem Sportplatz (Rollschuhbahn) vor dem Gautor ausgetragen, auf die jetzt schon hingewiesen werden darf.

Mainz. Dem Kommandierenden General der französischen 10. Armee General Mangin wurde das Großkreuz der französischen Ehrenlegion (die höchste Ordensauszeichnung Frankreichs) verliehen und durch Marschall Foch, dem Generalissimus der alliierten Armeen zu Koblenz überreicht. Nach dem „Journal" vom 9. Juli besagt das Dekret in Würdigung der Verdienste des Generals: Als Armee-Kommandant haben ihm ein besonderer Geist der Entschlossenheit und eine unbezwingliche Tatkraft gestattet, die fruchtbarsten Ergebnisse zu erzielen. Nachdem er im Juni 1918 als Kommandant eines Armeekorps großen Anteil an der Verteidigung der Gegend nordwestlich von Compiegne genommen, hat er an der Spitze einer Armee vom 18. Juli bis zum 26. Oktober 1918 eine Reihe von Angriffsaktionen ausgeführt, die die Befreiung von Soissons und von Laon herbeigeführt und die Aera der großen Erfolge der Ententeheere eingeleitet haben.

Gaualgesheim (Rheinhessen). Die Dortensche Regierung der Rheinischen Republik hatte für letzten Sonntag nachmittag in die hiesige Tonhalle eine Volksversammlung berufen, in der Dr. Dorten, Wiesbaden, und Dr. Liebling, Mainz, über wirtschaftliche und politische Fragen des Rheinlandes Aufklärung geben sollten. Lange vor Beginn hatte sich der geräumige Saal mit Sozialdemokraten, Nationalliberalen, Demokraten, Alldeutschen und Zentrumsleuten gefüllt. Namhafte Führer aller Parteien aus Rheinhessen waren anwesend. Dr. Dorten und Dr. Liebling waren nicht anwesend, dafür aber der „Minister für Kunst und Wissenschaft", Oberlehrer a. D. Dr. Klingelschmitt, Mainz. Als der Einberufer, Beigeordneter Deister, Mainz, die Mitteilung machte, die Versammlung sei in letzter Minute verboten worden, erhob sich stürmischer Widerspruch, der sich steigerte, als der Demokratenführer Pfarrer Korell, Nieder-Ingelheim, feststellte, daß der zur Ueberwachung anwesende französische Gendarmerieoffizier aus Bingen erklärt habe, das Versammlungsverbot gehe nicht von der französischen Besatzungsbehörde aus. Die Versammlung entwickelte sich zu einer Kundgebung gegen die Rheinische Republik. Die einstimmig angenommene Entschließung, der auch die anwesenden Zentrumsleute zustimmten, sprach sich gegen die Rheinische Republik aus und bekundete das treue Festhalten der Rheinhessen am Deutschen Reich. Der „Minister" Klingelschmitt verließ vor Abstimmung mit seinen wenigen Getreuen unter ironischem Beifall der Versammlung den Saal.

Darmstadt. Das hessische Landesernährungsamt hat die Landesobststelle aufgelöst und damit die öffentliche Bewirtschaftung des Obstes aufgehoben.

Worms. Da neuerlich wieder Plakate, welche die Namen von Frauen tragen, welche mit französischen Militärpersonen verkehren sollen, in den Straßen angeschlagen worden sind, ist die von der Militärbehörde angedrohte Strafe verhängt worden, wonach der Verkehr der Zivilbevölkerung zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr früh untersagt und die Wirtschaften, Kinos und Vereinslokale um 9.30 Uhr abends geschlossen werden müssen.

Vermischtes.

Ein phantasievoller Theaterdirektor. Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich ein Mainzer Blatt mit einer Theatergesellschaft, die auch kürzlich im Kasinosaal in Höchst gastierte und deren Direktor sich auf das Erfinden zugkräftiger Ueberschriften versteht. Ein „Original-Preislustspiel" von A. Denebir „Im Heiratspark" kündet er mit dem Untertitel „Sechs Verliebte und ein Stelldichein" an und „Hänsel und Gretel" erhält die ergänzende Bezeichnung „oder die böse Knusperhexe. Märchen in fünf Akten". Wie wir hören, hat er zu weiteren Aufführungen in Aussicht genommen: „Romeo und Julia oder der Sarg als Brautbett", „Faust, der Schwarzkünstler und Frauenverführer", „Kabale und Liebe oder die vergiftete Limonade", „Don Carlos oder ein spanischer Kaperwurst", „Wilhelm Tell oder der unfehlbare Apfelschuß." Bei solch zugkräftigen Titeln kann es dem unternehmenden Herrn an einer gut gefüllten Kasse niemals fehlen.

Ueber die Zustände in Budapest berichtet ein Schweizer in der „Neuen Zürcher Ztg." Dieser Schilderung ist zu entnehmen, daß die Preise für Lebensmittel unerschwinglich seien. Eine Gans kostet 1200 Kronen, ein Huhn 340 Kronen. Papiergeld wird wie Ueberfluß gebraucht und geschätzt. Druckfehler auf den Zahlscheinen machen der Regierung nichts. Dadurch, daß die Höchstpreise aufgehoben sind, werden alle Preise noch weiter steigen. Ein Ei, das vor vierzehn Tagen für zwei Kronen erhältlich war, kostet jetzt fünf Kronen. Eine Milchziege, die vor zwei Monaten für 1000 Kronen käuflich gewesen wäre, ist heute für 3500 Kronen an den Mann gebracht worden.

Zum Brand auf dem Güterbahnhof Vebra teilt die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. mit: Auf dem Güterbahnhof Vebra sind am Sonntag, 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, die Frachtumladehalle und die Feuertrappe vollständig niedergebrannt und 100 an der Halle zum Umladen bereit gestellte, zum Teil mit wertvollem Stückgut beladene Eisenbahnwagen verbrannt. Es war nicht möglich, die in der Halle lagernden Güter und die Wagen zu retten. Die von der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. sofort eingeleitete Untersuchung hat keine Anhaltspunkte ergeben, die auf böswillige Brandstiftung schließen lassen. Anscheinend ist der Brand durch Selbstzündung eines mit Benzin und Säureflaschen beladenen Wagens entstanden. Wie stets bei derartigen Gelegenheiten haben zwar Plünderungen stattgefunden, jedoch nicht in der Art, daß auf einen vorbereiteten Putsch geschlossen werden könnte. Im Personen- und Güterzugverkehr sind durch den Brand keinerlei Störungen eingetreten.

Von einem drolligen Geschichtchen, das in Speyer passiert ist, berichtet man. Ein Familienvater kommt zur Speyerer Baugenossenschaft und will sich um eines der zu erbauenden Wohnhäuser bewerben. Nachdem er Aufklärung über den einzuschlagenden Weg erhalten hat, fragt er, ob Aussicht besteht, daß er dieses Jahr noch berücksichtigt wird. Da er nur ein Kind hat, erhält er den Bescheid, daß zunächst kinderreiche Familien berücksichtigt werden müßten. Darauf meint der Mann, es sei ihm bisher noch nicht vorgekommen, daß ihm ein Hausherr gesagt habe, es sei besser, wenn er mehr Kinder hätte, dann bekäme er die Wohnung eher. Mit den Worten „Wie man's macht, ist es falsch", verließ er das Baubüro.

Buntes Allerlei.

Buhbach. Der Gastwirt Müller vom „Goldenen Löwen" wurde von seinem Pferde mit dem Hufe erschlagen.

Nichts mehr ist sicher vor den Spitzbuben. Bei einem Einwohner der Kaiser Friedrichstraße in Coblenz wurde am Montag nachmittag von zwei jungen Leuten der Blitzableiter abgemacht und mitgenommen. Die Burschen gaben an, im Auftrag des Elektrizitäts-Werkes zu handeln. Auf Erkundigung bei dem Werke stellte sich heraus, daß es von der Sache nichts wußte, der Einwohner vielmehr bestohlen worden war.

Trier. Das Schwurgericht verurteilte die Maurer Minnich und Bock — der letztere stammt aus Köln — wegen Raubmordes, begangen an dem Apotheker Hartmann in Rhaunen, zum Tode und drei Jahren Zuchthaus.

Brühl. Die Staatstruppen zurückzuhalten, bis der Staat die Requisitionsgelder ausbezahlt hat, beschlossen die Stadtverordneten in Brühl. Der Regierungspräsident bezeichnete einen solchen Beschluß für ungesetzlich und erhob Einspruch. Die Stadtverordneten beschlossen gegen diese Entscheidung Klage zu erheben.

Köln. Da es an Schlachtvieh fehlt, müssen von den 350 Metzgergesellen des Schlachthauses 300 feiern.

Ein Gemälde für über eine Million. Ein Gemälde des englischen Malers Reynolds, das dem Herzog von Westminster gehörte und die berühmte Schauspielerin Siddons darstellt, erzielte bei der Versteigerung einen Preis von 52,200 Pfund Sterling.

mz **Kopenhagen.** Das Dampfschiff „Bacchus" aus Bremen, das auf der Reise von Torsberg nach Deutschland begriffen war, ist im Nebel vor Altskagen gestrandet.

mz **Brüssel.** Die Kellner sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen den Achtstundentag und eine Gehaltserhöhung. Die Hoteliers-Vereinigung hat in gewissen Punkten Zugeständnisse gemacht, während sie andere Forderungen ablehnt.

Antwerpen. Der deutsche Dampfer „Oneilenna", der seit 1914 im Hafen von Antwerpen lag, wurde für 2 800 000 Franken an einen italienischen Reeder verkauft.

Trier. Vor kurzem war von einer behördlichen Stelle der Versuch gemacht worden, die überzähligen jungen Lehrerinnen den häuslichen Berufen zuzuführen. Man wollte sie als Hausbeamtinnen in gute Familien geben, um sie unter der Anleitung der Hausfrau alle häuslichen Arbeiten erlernen sollten. Der Versuch fiel unterschiedlich aus, sodaß der Plan nicht weiter ausgeführt wurde.

Altenahr. Wegen des Ausbruches einer epidemieartigen Krankheit, über die ärztlicherseits die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, wurde unser Ort für und von jeglichem Verkehr gesperrt. Die Züge fahren durch ohne zu halten. Fuhrwerke und Kraftwagen werden um den Ort geleitet, Fußgänger dürfen den Ort nicht betreten und nicht verlassen.

Bonn. Das Eisenbahnprojekt Bonn-Obercassel, das zu Beginn des Krieges stillgelegt wurde, wird nicht mehr benutzt werden. Noch im Laufe dieses Monats wird das Geleise der Eisenbahntrasse aus dem Rhein herausgerissen.

mz **Hannover.** Das Schwurgericht hat die Ehefrau Sophie Buchmeier und ihre beiden Söhne, die Glasmacher Friedrich und Karl Buchmeier, sämtlich aus Wolfshagen in Schaumburg, wegen Gatten- bezw. Vatermordes, begangen im Mai ds. Js., zum Tode verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Zur Frage der Erhöhung der Brotration.

mg Weimar, 10. Juli. Der sechste Ausschuß für Volkswirtschaft befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der bereits am 3. Juli eingebrachten Regierungsvorlage betr. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll der Höchstpreis für Roggen 400 bis 415 Mark betragen. Die Preise für Ostfrüchte sollen ebenfalls erhöht werden. Im Verlaufe der Debatte äußerte Reichsminister Schmidt zur Frage der Erhöhung der Brotration, diese wäre sicherlich ein Mittel, um den Schleichhandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Ernteertrag in diesem Jahre im Hinblick auf die abgetretenen Gebiete auf 85% des vorjährigen Ertrages geschätzt werde, so entstehe ein Fehlbetrag von 1 270 000 Tonnen. Dieser Bedarf sei durch Einfuhr zu decken. Die Kosten für das ausländische Getreide seien aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung der Brotgetreidepreise eintreten müsse oder Reichszuschüsse bereitgestellt werden müßten, die die stark belastete Reichskasse kaum tragen könne. Ausgenommen hiere 1000 Mark, das einheimische 450 Mark die Tonne. Die einheimische Produktion zu heben, müsse also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Getreides handle es sich um etwa fünf Pfennige pro Tag und Kopf. Sollten die Kosten der vorgeschlagenen Preiserhöhung vom Reiche getragen werden, so müßten rund 968 Millionen aufgebracht werden. Unsere Getreide- und Brotpreise seien die billigsten der Welt. Die Oeffentlichkeit müsse begreifen und verstehen, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendungen bezahlen müsse, damit sie weiter bestehen könne. Würde man die Zwangswirtschaftung freigeben, so würden viel höhere Preise in Erscheinung treten. Nachdem zwei große Parteien Bedenken gegen eine sofortige Preiserhöhung zu Lasten der Konsumenten geltend gemacht hätten, könne vielleicht ein Mittelweg beschritten werden dadurch, daß dem Reichsernährungsamt das Recht auf den Erlaß einer Reichsnotverordnung gegeben werde und daß es den Auftrag erhielte, mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen über einen Reichszuschuß einzutreten.

---

mg Berlin, 10. Juli. Verschiedene Blätter brachten die Nachricht, daß der frühere Reichsminister Graf Brockdorff zum Nachfolger des Botschafters Graf Wedel in Wien in Aussicht genommen worden sei. Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

mg Berlin, 11. Juli. Unterstaatssekretär Lewald begab sich gestern mit einer Kommission nach Paris, um dort über das Abkommen betr. die Räumung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig reiste die Kommission betr. den Wiederaufbau des besetzt gewesenen französischen Gebietes ab. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Schroder vom Finanzministerium. Beide Kommissionen arbeiten getrennt voneinander.

mg Versailles, 11. Juli. Der Amsterdamer Korrespondent des „Petit Journal" berichtet, im Falle die Entente von Holland die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangen werde, werde die holländische Regierung die Angelegenheit dem Völkerbund zur Entscheidung unterbreiten und sich dessen Entscheidung fügen.

mg Mannheim, 10. Juli. Das Schwurgericht verurteilte den 23jährigen Kassengehilfen Wittmer aus Walldorf bei Heidelberg wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode. Wittmer hatte im Dezember vorigen Jahres im Rathause zu Walldorf den bejahrten Rechner überfallen und erstochen.

mg Marburg a. d. Lahn, 10. Juli. In Biedenkopf veranstalteten gestern abend die Hüttenarbeiter aus der Umgebung auf dem Marktplatz eine große Demonstration wegen der Lebensmittelteuerung. Es fanden dabei einige Ausschreitungen statt.

Der Siebente.

Roman von Elsbeth Borchhard.

(Nachdruck verboten.)

Durch die hohen Spiegelscheiben der Fenster strahlte die Aprilsonne in ein großes, mit Eichenholz getäfeltes Zimmer, dessen kostbar gediegene Einrichtung von dem Reichtum sowie von dem Geschmack und Rang der Besitzer Zeugnis ablegte.

Von dem in der Mitte stehenden, gedeckten und reich besetzten Frühstückstisch erhob sich jetzt ein schlanker, junger Mann in elegantem Reitanzug und griff nach der auf einem Stuhle liegenden Reitgerte.

Willst Du schon wieder fort, Aribert? fragte eine ältere, vornehm aussehende Dame, die ihr Frühstück noch nicht beendet hatte und den vorzeitigen Aufbruch des Sohnes nicht passend zu finden schien.

Verzeih, Mama, antwortete Aribert, es würde mir zu spät werden, wenn ich mich länger aufhielte. Ich muß noch nach den Vorwerken reiten, und vorher will ich schnell hinüber nach Gerolstein. Gestern ist der neue Hauslehrer dort eingetroffen, und als Vormund der vaterlosen Knaben ist es meine Pflicht, ihn zu begrüßen und in sein Amt einzuführen.

Ein helles, silbernes Lachen unterbrach seine Worte. Seine Blicke flogen halb verwundert, halb mißbilligend zu der in heller, spitzenbesetzter Morgentoilette gekleideten jungen, anmutigen Schwester, die neben seiner Mutter saß, hin.

Warum lachst Du nur wieder, Linda? Seit wir auf Stolzenau wohnen, hast Du Dir angewöhnt, alle Dinge von der leichten, scherzhaften Seite zu nehmen, und sie sind doch oft verteufelt ernst.

Ach Gott, Bribertchen, erwiderte Linda, nachdem sie erst mit viel Seelenruhe und Grazie in ihr Brötchen gebissen und den Bissen verzehrt hatte, nimm's nur nicht gleich übel. Ich dachte nur — weißt Du, die Vorstellung, daß Du nach Gerolstein kommst, und — den Vogel vielleicht schon wieder — ausgeflogen findest.

Was soll das heißen? unterbrach er sie ärgerlich. Ich will es beim Bengel nicht geraten haben! Lange genug habe ich es mir angesehen. Wenn es ihm einfallen sollte, Herrn Hartmann, der mir als tüchtiger Pädagoge geschildert wurde, und dessen Zeugnisse glänzend sind, mit seinen tollen Streichen wieder fortzutreiben, so soll er mich einmal gründlich kennen lernen.

Wenn er nur — einen Funken Respekt vor Dir hätte! wagte Linda zu bemerken.

Aribert wollte auffahren, aber die Mutter legte sich begütigend ins Mittel.

Der Eberhard respektiert eben niemand, und der Kleine macht's ihm nach. Daran ist nur die Erziehung der schwachen Mutter schuld, und aus lauter Schonung und Rücksichtnahme für ihre überzärtlichen Mutergefühle läßt Du die Zügel zu locker und machst ihr nicht einmal ernste Vorhaltungen über ihre verkehrte Erziehung.

Wenn das ein Vorwurf für mich sein soll, Mama, so gebe ich Dir zu bedenken, daß Gräfin Gerolstein schwer leidend ist und daß es wohl nicht angebracht wäre, sie noch mit Vorstellungen zu quälen.

Wenn Du so denkst, wirst Du nicht weit kommen, mein Sohn. Die unnützen Rangen machen Dir und ihren sechs oder acht Hauslehrern, die nun schon binnen sechs Monaten ihr Heil hier vergeblich suchten, das Leben recht sauer. Am besten wäre es, man steckte sie in eine strenge Pension und entzöge sie dem Einfluß ihrer Mutter, die sie unverantwortlich verwöhnt und verzieht, besonders ihren Aeltesten, den Eberhard, der ja beinahe verwahrlost ist.

Nun, so schlimm ist es doch noch nicht, Mama, verteidigte Aribert. In Eberhard steckt trotz aller Unarten und allem Trotz ein tüchtiger Kern. Wenn man ihn nur einmal ordentlich fassen könnte. Deinem Vorschlag mit der strengen Pension steht das Gerolsteiner Familiengesetz entgegen, wonach die Kinder bis zu ihrem fünfzehnten Lebensjahre von Hauslehrern auf der Scholle erzogen werden müssen. Eberhard ist erst knapp zwölf und Karl Heinz acht Jahre alt. Damit ist es also vorläufig noch nichts. Außerdem wäre die Trennung von ihren Kindern ein zu herber Schmerz für Waltraut.

Das gibt bei Dir natürlich wieder den Ausschlag! sagte die Mutter etwas unmutig. Ich weiß wirklich nicht, wie ich Deine so übermäßig zarte Rücksichtnahme deuten soll. Du wirst doch kein ernsthaftes Interesse für die todkranke Frau haben? — Das wäre ein rechtes Unglück für Dich!

Ich denke gar nicht daran, wehrte Aribert ärgerlich ab und eine rote Blutwelle schoß ihm ins Gesicht. Waltraut vergräbt sich in ihre Trauer um den vor zwei Jahren verstorbenen Gatten und ist wie eine Heke, die das Dornröschen umschließt.

Ich dächte, ihr Leiden bildete den Hauptverhinderungsgrund, schaltete die Gräfin ein. Sie kann an eine zweite Heirat nicht denken.

Sie könnte es, wenn sie sich entschließen würde, einen Spezialarzt zu konsultieren, ereiferte sich Aribert unbedacht. Ihre Krankheit ist nur eine Folge eines Nervenfiebers, das sie sich aus Schreck und Gram über den Tod ihres Gatten zuzog. Blühend und gesund soll sie vorher gewesen sein.

Du vergißt, daß eine Lähmung der Glieder zurückgeblieben ist und sie an den Rollstuhl fesselt.

Mein Himmel, ja — aber das kann doch gehoben werden. Anstatt sich nun einer Autorität anzuvertrauen, gibt sie sich mit dem Ausspruch Dr. Falkners, der doch mit seiner Landpraxis wahrlich nicht auf der Höhe steht, zufrieden und leidet weiter.

Sie weiß eben, daß ihr Leiden unheilbar ist, mein Sohn, und will die vielleicht nur noch kurze Zeit ihres Lebens nicht mit qualvollen, anstrengenden Kuren verbringen. Zu helfen ist ihr ja doch nicht.

Wer sagt das!? fuhr Aribert erregt auf.

Es ist das allgemeine Urteil.

Törichtes Geschwätz ist es, weiter nichts. Mit einundzwanzig Jahren, wo andere Frauen in der Blüte und Kraft ihres Lebens stehen, schon dem Siechtum verfallen zu sein, jede Hoffnung auf Heilung begraben zu müssen, das — ginge doch über menschliches Empfinden hinaus.

Gewiß ist es sehr traurig, gab die Gräfin etwas erschreckt über die leidenschaftliche Art des Sohnes zu, doch Dein Mitleid sollte Dich nicht zu weit führen und nicht Hoffnungen hegen und erwecken, die unerfüllbar sind. Allem Anschein nach hat die junge Frau sich in ihr Schicksal ergeben und sich mit ihrem Leiden abgefunden. Raube ihr diese vielleicht mühsam errungene Resignation nicht.

Das eben ist ja das Unnatürliche und Peinvolle, daß sie so resigniert ist. Ich wünschte, sie lehnte sich auf und trotzte ihrem Schicksal.

Und was nützt Auflehnen und Trotzen? fragte die Gräfin. Es vergrößert nur die Qual.

Aribert zuckte die Achseln und trat ans Fenster.

Friedrich hat schon Mühe, meinen Fuchs zu halten, brach er das ihn peinigende Gespräch ab, ich muß machen, daß ich fortkomme. — Wiedersehen allerseits.

Die Gräfin rief ihrem mit schnellen, sporenklirrenden Schritten der Tür zueilenden Sohne noch an die Gräfin Gerolstein Grüße zu bestellen und wandte sich darauf an ihre Tochter, die sich behaglich in ihren Stuhl zurückgelehnt hatte und soeben im Begriff war, die Zeitung, die der Bruder auf dem Tisch hatte liegen lassen, zu studieren.

Ich bin doch neugierig, wie er es auf Gerolstein findet, und ob der neue Hauslehrer es verstanden hat, sich in Respekt zu setzen, sagte sie. Um Arideris willen wäre es zu wünschen. Er hat sich mit dieser Vormundschaft eine rechte Last aufgebürdet.

Oder auch — eine günstige Gelegenheit! warf Linda ein und spielte gleichmütig mit den Schleifen ihres eleganten Morgenkleides, nachdem sie das Zeitungsblatt wieder auf den Tisch gelegt hatte.

Was willst Du damit sagen? fragte die Mutter.

Gott, Du siehst doch selbst, Mama, wie brennend Aribert sich für Waltraut von Gerolstein interessiert. Glaubst Du, er würde sich sonst so viel Mühe mit den ungezogenen Rangen geben?

Du erschreckst mich aufs tiefste, Linda — ich glaubte, daß nur natürliches Mitleid —

Mitleid?

Linda lachte auf. Mitleid ist der Anfang der Liebe, und eine Frau, die sie nicht lieben, bemitleiden Männer auch nicht.

Aber, Linda, ich bitte Dich doch um alles in der Welt! Aribert wird doch nicht so töricht sein und eine todkranke Frau mit zwei unerzogenen Kindern heiraten wollen!

Wenn er verliebt in die Frau ist, — warum denn nicht? Ueberdies hörtest Du ja, wie er ihre Krankheit beurteilt.

Das ist ja nur Einbildung von ihm — er täuscht sich absichtlich und nachher — das Elend! Nicht auszudenken wäre es! erwiderte die Gräfin klagend. Als Majoratsherr von Stolzenau müßte er ganz besonders vorsichtig sein; seine Frau muß ihm einen gesunden Erben schenken. Und er hat so viele Chancen, so viele blühende Töchter unserer Gutsnachbarn würden ihm mit Freuden folgen.

Freilich, gab Linda zu, er ist jetzt ein recht begehrter Artikel geworden. Kein Wunder! Stolzenau ist das größte und reichste Majorat der Umgegend. Mama, denkte sie sich dort ab, oft ist es mir wie ein Traum, daß wir hier so plötzlich hineingeschneit sind und aus den engen Verhältnissen mit einem Male herausgerissen, jetzt in einem fast schwindelnden Ueberfluß leben. Wer hätte es gedacht, daß der Onkel so plötzlich sterben und der eigentliche Erbe verschollen bleiben würde! Wie ein Märchen kommt es mir oft vor!

In das Du Dich aber schnell genug hineinversetzen gelernt hast, setzte die Mutter lächelnd fort, einen bezeichnenden Blick auf die elegante Morgentoilette der Tochter werfend.

Gott ja, Mama, man muß eben lernen, sich in alle Verhältnisse hineinzufinden, erwiderte Linda, ebenfalls lachend. Zudem ist es ein berauschendes Gefühl, sich als Schwester des Majoratsherrn von Stolzenau jeden Wunsch erfüllen zu können, und eine gewisse Ausnahmestellung einzunehmen.

Die Du Dir gründlich zunutze machst.

Wieso, Mama? Meinst Du, weil es mir gefällt, ein wenig die vielumworbene, unnahbare Königin zu spielen? Du glaubst nicht, wie mich das amüsiert, so der Mittelpunkt aller Huldigungen zu sein, die Männer ein wenig an der Nase herumzuführen. Gast, wie dumm und arrogant sind doch die Männer!

Aber, Kind, rief die Mutter erschreckt, wie kommst Du nur zu solchem harten Urteil?!

Man macht eben seine Erfahrungen, und als Schwester des Majoratsherrn noch mehr als sonst.

Aber hast Du denn vergessen, wie treu und hingebend Dich Kurt liebt?

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen
der Stadt Hochheim am Main.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Herrn Ortskommandanten findet der Appell der demobilisierten Mannschaften des Sonntags in der Burgstraße nicht mehr statt.

Die demobilisierten Offiziere und Mannschaften haben sich statt dessen von Sonnabend vormittag 11 Uhr bis Montag mittag 12 Uhr während der Dienststunden zum Einzeichnen in die Appellliste im Rathause, Zimmer Nr. 1, zu melden.

Montags 12 Uhr wird die Liste geschlossen und dem Herrn Kommandanten vorgelegt.

Hochheim a. M., den 9. Juli 1919.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Dorfeler.

Betrifft die Ausgabe von Reis und Schmalz.

Am Samstag, den 12. ds. Mts., vormittags von 8 bis 12 Uhr wird im Rathause Reis und Schmalz ausgegeben: Reis das Pfd. 2.75 Mark, Schmalz das Pfd. 8.50 Mark.

Hochheim a. M., den 10. Juli 1919.

Der Magistrat. Arzbächer.

Betrifft die Ausgabe von Fleischmarken.

Die Ausgabe der Fleischmarken erfolgt am Samstag, den 12. ds. Mts. von 12 Uhr ab. Nach Feststellung des Schlachtgewichts wird die Menge, die auf eine Reichsfleischkarte entfällt, durch Anschlag an den Metzgerläden bekannt gegeben.

Hochheim a. M., den 10. Juli 1919.

Der Magistrat. Arzbächer.

Anzeigen-Teil.

H R A Nr. 70.

In das Handelsregister, Abteilung A, ist bei der Firma Weinhaus- u. Weinhandel Martin Pistor Nachf. in Hochheim a. M. (Nr. 70 des Registers) am 4. Juli 1919 folgendes eingetragen worden:

Dem Kaufmann Wilhelm Merkelbach in Hochheim a. M. ist Prokura erteilt.

Hochheim a. M., den 4. Juli 1919. Das Amtsgericht

Zu verkaufen:

1 Gig m. Geschirr, 1 Halbverdeck m. Geschirr,
2 Chaisen-Brustplattgeschirre, noch neu,
2 gebrauchte Kummete, 3 Leitseile,
1 Reitsattel, fast neu,
2 Rassenpferde, 8- und 10jährig,
1 Wagenseil, 1 leichter Wagen, hessische Spur,
und eine Mähmaschine.

Wicker, Unterstraße 21.

Zur Reisezeit!

Für Herren:

Sacco-Anzüge Mk. 118.50, 140.—, 185.—, 295.— 395.—
Joppen-Anzüge Mk. 50.—, 67.—, 84.—, 98.—
Waschjoppen und Lüstersaccos Mk. 26.50, 35.—, 48.—, 68.— 90.—
Hosen, Strapazierware Mk. 15.—, 20.—, 32.—, 56.—, 88.—
Echt engl. Regenmäntel Pariser Schnitt, sehr angenehm im Tragen, kein Gummi Mk 395.—
Massanfertigung aus besten englischen u. deutschen Stoffen unter Garantie für guten Sitz.
Stoffverkauf auch per Meter.

Jünglings- und Knabenkleidung in reicher Auswahl.

Für Damen:

Sport- und Strassenkostüme Mk. 142.—, 152.50, 173.—
Regendichte Seiden-Mäntel und Jacken Mk. 195.—, 245.—, 295.—
Gummimäntel, fesche Pariser Formen Mk. 125.—, 145.—
Einzelne Röcke Mk. 31.50, 40.—, 12.50
Mädchenkleider, Größe 45—100 von Mk. 10.— bis 40.—

Gelegenheitskauf:

Hosenträger Mk. 1.25, 1.75, 4.50, 9.50, 16.—
Wickelgamaschen Mk. 5.—, 10.—, 16.—
Rucksäcke Mk. 3.—, 6.—, 9.—

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.

Mainlust Hochheim!

Herrlicher Aufenthalt. -/- Großer Garten.
Wein -/- Bier -/- Kaffee -/- Eis.
Sonntag:
Große Tanzbelustigung!

In welchem Bauernhause könnte 9jähriges, erholungsbedürftiges
Mädchen 4 Wochen Aufnahme finden?
An Pflegegeld würden 45—50 Mk. gezahlt. Angebote an den Verband für Jugendfürsorge Biebrich a. Rh. Kappenheimerstraße 10.

Kontrollkassen
zu kaufen gesucht, alle Arten gebraucht National-Registrierkassen. Angebote unter A. M. 9097 an Nationaler Anzeiger Biebrich erb.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrensausen, nervös. Ohrenschmerz über unsere tausendfach bewährten patentiert. geschützt. Gehörtrommeln. Bequem u. unsichtbar zu tragen. Selbstträger. Gläzz. Anerkennungen. Gratis Versand München 2

Schöne Ferkel
abzugeben
Taunusstraße 9, Hochheim a. M.

Jauchefässer
in allen Größen, von 400 Liter an, imprägniert mit Karbolineum, stets vorrätig bei
Ph. Roll, Küfermeister, Hochheim a. M.

Tüchtiges, sauberes
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Hausarbeit gesucht.
Näheres Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Henkelkorb
mit einer
neuen schwarzen Schürze
auf dem Wege von Kloster Eberbach nach Hochheim
verloren.
Gegen Belohnung abzugeben bei Frau Weilbächer, Hintergasse 54, Hochheim a. M.

Herrenfahrrad
mit Freilauf und Rücktrittbremse, sow. Gummibereifung zu verkaufen.
Näheres Fil.-Exp. des Hochh. Stadtanzeigers, Hochheim a. M.

Schirm - Reparaturen
schnell und billigst.
Gartjahr, Hochheim, Winterg. 9

Vereins- und Familien-Drucksachen
liefert schnellstens in sauberer Ausführung
Buchdruckerei Guido Zeidler, Biebrich
Rathausstraße 16 — Fernruf 41